

39
Schriften
der Hochschule für Politik
Herausgegeben von
Paul Meier-Benneckenstein

Dr. Wilhelm Grotkopp

Wehrwirtschaftliche
Tendenzen
in der französischen
Wirtschaftspolitik

Junker und Dünnhaupt Verlag / Berlin

Schriften der Hochschule für Politik

Herausgegeben von PAUL MEIER-BENNECKENSTEIN
Präsident der Hochschule für Politik

Preis je 80 Kpf. Bei Abnahme von 50 Stück eines Heftes an 75 Kpf., von 100 Stück an 70 Kpf., von 500 Stück an 65 Kpf., von 1000 Stück an 60 Kpf., von 3000 Stück an 55 Kpf., von 5000 Stück an 50 Kpf. je Heft.

Bei Abnahme von 20 aufeinanderfolgenden Heften einer der beiden Unterabteilungen der Reihe 10% Ermäßigung.

I. Idee und Gestalt des Nationalsozialismus

- | | |
|---|--|
| 1. Der Faschismus und seine praktischen Ergebnisse
Von Reichsminister Dr. Joseph Goebbels | 10. Völkerrecht und Politik
Von Professor Dr. Victor Bruns |
| 2. Die Führerpersönlichkeit in der deutschen Geschichte
Von Professor Dr. Willy Hoppe | 11. Das Recht auf Arbeit als Wirtschaftsprinzip
Von Bernhard Köhler, Leiter der Kommission für Wirtschaftspolitik der NSDAP. |
| 3. Vergriffen | 12. Nationalsozialistisches und faschistisches Strafrecht
Von Professor Dr. Georg Dahm |
| 4. Amerika und der Nationalsozialismus
Von Professor Dr. Friedrich Schönmann | 13. Wir sind im Recht! Deutschlands Kampf um Wehrfreiheit und Gleichberechtigung
Von Rechtsanwalt Professor Dr. Friedrich Grimm |
| 5. Krisis und Neubau Europas
Von Reichsleiter Alfred Rosenberg | 14. Der Einbruch des Judentums in die Philosophie
Von Prof. Dr. Hans Alfred Brunsky |
| 6. Rassenpolitische Erziehung
Von Prof. Dr. Walter Groß, Leiter des Rassenpolitischen Amtes der NSDAP. | 15. Die politische Aufgabe des Arbeitsdienstes
Von Generalarbeitsführer Professor Dr. Will Decker |
| 7. Dienst an der Rasse als Aufgabe der Staatspolitik
Von Ministerialdirektor Dr. Arthur Gitt | 16. Soldatentum und Jugendertüchtigung
Von Dr. Helmut Stellrecht, Beauftragter des Jugendführers des Deutschen Reiches für Jugendertüchtigung |
| 8. Wesen und Gestalt des Nationalsozialismus
Von Reichsminister Dr. Joseph Goebbels | |
| 9. Nationalsozialismus und Völkerrecht
Von Staatsrat Prof. Dr. Carl Schmitt | |
-

Junker und Dünnhaupt Verlag / Berlin

Schriften der Hochschule für Politik
Herausgegeben von Paul Meier-Benneckenstein

I. Idee und Gestalt des Nationalsozialismus

Heft 39

Wilhelm Grotkopp
Wehrwirtschaftliche Tendenzen in der französischen
Wirtschaftspolitik

Wehrwirtschaftliche Tendenzen in der französischen Wirtschaftspolitik

Von

Dr. Wilhelm Grotkopp
Paris

1939

Junker und Dünnhaupt Verlag / Berlin

Alle Rechte, insbesondere das der Übersetzung in fremde Sprachen, vorbehalten. Copyright 1939 by Junker und Dünnhaupt Verlag, Berlin. Printed in Germany.

Auf der Sitzung des Heeresausschusses der Kammer am 31. August 1938 stellte der Ministerpräsident und Kriegsminister Daladier folgende Frage: „Soll Frankreich seine traditionelle auf die Achtung der Verträge eingestellte Politik fortsetzen und eine Großmacht bleiben oder soll es sich an den mitteleuropäischen Ereignissen desinteressieren und sich mit einer ähnlich neutralen Stellung begnügen, wie sie die Schweiz und Belgien innehaben?“ Diese Frage und die Ereignisse des nächsten Monats bestätigten, daß Frankreich die ihm durch die Pariser Vorortsverträge gestellte Aufgabe, in Kontinental-Europa Ordnung und Frieden zu sichern, nicht nur nicht erfüllen konnte, sondern mehrere entscheidende Einbrüche in dieses System hinnehmen mußte, so die Besetzung des Rheinlandes und die Eingliederung Österreichs und des sudetendeutschen Gebietes. Frankreich befindet sich seit 1934 in einer schweren Krise, wie sie aber schon manche Großmacht hat durchmachen müssen und bald überwinden können. Es ist nicht leicht, unter dem Eindruck der französischen Schwierigkeiten die Kräfte dieses Landes abzugrenzen. Keine Meinungsverschiedenheiten bestehen über den französischen Soldaten. Dieser wird stets, wenn der Feind auf französischem Boden steht, das Letzte aus sich herausholen — aber die großen Entscheidungen seit 1933 fielen nicht auf den Schlachtfeldern, sondern auf anderen Ebenen.

Wenn Deutschland dabei die obenerwähnten Erfolge erzielen konnte, dann ist zwar nicht das entscheidende Moment — denn das ist das der Staatsführung — aber ein nicht unwichtiges, daß Deutschland auch wehrwirtschaftlich genügend stark war, um eine zielbewußte Politik führen zu können. Für Frankreich trifft das aber nicht zu. Nirgendwo zeigen sich nämlich so deutlich die Grenzen der in den Pariser Vorortsverträgen Frankreich zugedachten Stellung wie auf wirtschaftlichem Gebiet. Frankreich ist zwar ein fruchtbares und von Gott gesegnetes Land, aber es fehlen die aktiven Menschen, um diese Reichtümer auszunutzen. In früheren Zeiten, als die wirtschaftlichen Aufgaben einen anderen Charakter hatten, bestanden diese Sorgen nicht.

Damals war die von französischen Staatsmännern und Wirtschaftlern wie die von einem Sully und Colbert geleistete Arbeit anderen Nationen Vorbild. Später waren die wirtschaftlichen Pläne und Taten Napoleons richtunggebend, aber schon in der Mitte des 19. Jahrhunderts kam Frankreich in Rückstand, weil die Franzosen zu wenig Initiative und Unternehmungslust haben. Mit der Weiterentwicklung zur organisierten Wirtschaft und zur Serienherstellung treten die Grenzen der wirtschaftlichen Be-

gabung der Franzosen immer deutlicher hervor. Zwar wird Frankreichs Wirtschaft weiterhin einen beachtlichen Platz am Weltmarkt einnehmen, wenn die bisherige Politik der Erzielung individueller Leistungen und der Niedrighaltung der Kosten fortgesetzt wird, zwar braucht diese Wirtschaft nicht so durchrationalisiert und organisiert zu werden wie die deutsche oder die amerikanische — aber es ist fraglich, ob sie die Aufgaben einer Großmacht erfüllen kann.

Als wirtschaftlicher Typ ist der Franzose vor allem Rentner. Viele Franzosen sehen den Sinn des Lebens darin, die Ausgaben niedrigzuhalten, zu sparen und sich mit möglichst fünfzig Jahren aufs Land zurückzuziehen, um dort zu angeln, auf Jagd zu gehen und etwas Weizen und Wein anzubauen. Mancher mag die Franzosen um diesen idyllischen Lebensabend beneiden, aber dieser Rentner ist für eine Großmacht eine untragbare Belastung, denn er fällt als Teil der Volkswirtschaft aus. Andererseits betrachten viele Franzosen moderne Unternehmer und Pioniere als etwas Wesensfremdes, den Zusammenbruch ihrer Konzerne als gerechte Folge einer übertriebenen Expansion. Die typischste Form des modernen Kapitalismus, die Banken, schufen in Frankreich Schweizer beziehungsweise Calvinisten, und der führende Wirtschaftsjournalist ist Schweizer.

Wehrwirtschaftliche Zielsetzungen sind aber andererseits für Frankreich nichts Neues, sondern etwas Selbstverständliches. Der Gesichtspunkt der französischen Handelspolitik ist z. B. die Sicherstellung der wirtschaftlichen Versorgung des Landes für den Fall eines Krieges, was schon in der Vorkriegszeit zu der wohl protektionistischsten Politik aller europäischen Länder führte. Dank dieser Handelspolitik hat der französische Staat fast alles unter den natürlichen Gegebenheiten mögliche erreicht. Aber empfindliche Lücken sind gegeben, sei es, daß Rohstoffe fehlen, sei es, daß die Organisation mangelt, sei es auf den wehrwirtschaftlich so wichtigen Gebieten der spezialisierten Betriebe und der Serienherstellung. Wegen dieser Mängel waren die Franzosen bis vor kurzem nicht weiter beunruhigt, weil Frankreich in einer Hinsicht über ein großes Plus verfügt: über die langen Küsten des Atlantischen Ozeans. Frankreich kann hoffen, daß es wie während des Weltkrieges auf dem Seewege alle benötigten Rohstoffe und Waffen beziehen kann und die Verbindungen dank freundschaftlicher Beziehungen zu den angelsächsischen Staaten nicht gestört werden. Voraussetzung ist allerdings eine lange Dauer des Krieges, denn bei einer sofortigen Entscheidung können diese „Reserven“ nicht eingesetzt werden. Die wehrwirtschaftlichen Fragestellungen haben somit für Frankreich nicht eine so große Bedeutung wie für Deutschland. Für Deutschland ist, wie Hünke

in seinen „Grundzügen der deutschen Volks- und Wehrwirtschaft“ dargelegt hat, die Wirtschaft immer eine Wehrwirtschaft, da sie wie die Wehrmacht dem Volke zu dienen und seine Entwicklung zu sichern hat. Viele Franzosen halten eine entsprechende Ausrichtung der französischen Wirtschaftspolitik ebenfalls für notwendig, aber Daladier lehnt die Schaffung einer *économie de guerre* in Friedenszeiten ab. Daladier will nur Vorbereitungen für die Umstellung auf eine *économie de guerre* treffen. Dies ist zwar z. T. nur ein Streit um Worte, denn Frankreich hat in wehrwirtschaftlicher Hinsicht schon sehr viel geleistet, spiegelt aber die Tatsache richtig wider, daß Frankreich nicht so umfassende Vorbereitungen zu treffen braucht wie Deutschland und daß die französische Mentalität sich gegen eine entsprechende Ausrichtung der wirtschaftlichen Tätigkeit sträubt.

Die Magna Charta der französischen Wehrwirtschaft.

Es hat die französische Öffentlichkeit auch nicht weiter beunruhigt, daß das schon im Herbst 1921 angeregte Gesetz¹⁾ über die wehrwirtschaftliche Organisation der Nation im Kriegsfall erst nach einem siebzehnjährigen Hin und Her im Juli 1938 angenommen wurde. Dieses gibt der Regierung nicht nur die Vollmachten für eine umfassende wehrwirtschaftliche Organisation, sondern regelt auch andere Fragen, die bis dahin unzulänglich gelöst waren, wie z. B. die der militärischen Führung, des Militärdienstes der Parlamentarier und des Luftschutzes.

Innerhalb des Fragenkomplexes der militärischen Führung stand als wehrwirtschaftliches Problem das des Munitionsministeriums im Vordergrund. Während des Krieges war am 18. Mai 1915 ein Unterstaatssekretariat für Artillerie und Munition geschaffen worden, das am 31. Dezember 1916 zu einem Munitionsministerium ausgebaut wurde. Die Leitung lag zunächst bei Albert Thomas und ab 12. September 1917 bei Loucheur. Vor allem in der Kammer war eine starke Strömung für die Bildung eines solchen Ministeriums schon in Friedenszeiten: *Ministère de l'économie industrielle*, das sich mit folgenden Gebieten befassen sollte: Bergbau, Eisenindustrie, Zweige der chemischen und der Maschinenindustrie, Elektrowirtschaft und Arbeitskräfte. Daladier hat jedoch diesen Vorschlag abgelehnt. Ein solches Ministerium würde erhebliche Kompetenzschwierigkeiten heraufbeschwören und die Tätigkeit von Ministerien, die seit Jahrzehnten gut arbeiten, unnötigerweise hemmen, während es andererseits nicht notwendig

¹⁾ Diese Vorlage und andere Einzelheiten behandelt unter vorwiegend juristischem Gesichtspunkt Werner Matthias im Frankreich-Teil des Buches: Die staatliche Organisation der Kriegswirtschaft.

wäre, einen besonderen Apparat aufzuziehen und jetzt schon eine économie de guerre aufzubauen. Die wehrwirtschaftlichen Organe werden somit in den militärischen Apparat eingebaut.

Als die militärische Spitze ist gemäß Artikel 40 dieses Gesetzes der Kriegsausschuß gedacht, wenn auch formell die Entscheidungen bei der Regierung und bei dem obersten Rat der nationalen Verteidigung liegen, dem der Präsident der Republik, die Generalstabschefs, der Marschall Pétain, alle Minister und im Kriegsfall auch die Oberkommandierenden angehören. Der Kriegsausschuß wird sich aus dem jetzigen ständigen Ausschuß der nationalen Verteidigung entwickeln und außer dessen Mitgliedern (den Wehrministern, den Generalstabschefs und dem Marschall Pétain) die Oberkommandierenden, den Präsidenten der Republik und den Ministerpräsidenten zählen. Die militärische Führung würde bei den Oberkommandierenden der einzelnen Waffen und Kriegsplätze liegen, aber der Kriegsausschuß kann einen höchsten militärischen Chef ernennen.

Innerhalb dieses Apparates wurde durch die Verordnung vom 21. Januar 1938 einem der drei Generalstabschefs und einem der drei Wehrminister eine Vorrangstellung geschaffen, so dem Minister der nationalen Verteidigung, der möglichst auch Minister-

~~aussteht, ein Fall, wenn man sich nicht für eine Vorrangstellung einsetzt~~
 ein wehrwirtschaftlicher Ausschuß zur Seite gestellt, dem unter seinem Vorsitz die anderen Wehrminister, der Generalsekretär des ~~Ministeriums der nationalen Verteidigung, der General~~
 Jacomet, und die Direktoren der fünf produktionstechnischen Abteilungen der Wehrministerien angehören. Dieser Minister der nationalen Verteidigung ist offensichtlich gemeint, wenn in dem wehrwirtschaftlichen Grundgesetz an mehreren Stellen von dem ministre unique oder vom seul ministre die Rede ist. Dieser trägt gemäß Artikel 45 als Mitglied der Regierung die Verantwortung dafür, daß gemäß Artikel 1 und 2 schon in Friedenszeiten alles getan wird, um im Kriege die Kräfte einsetzen zu können. Dieser ministre unique hat bei der Mobilisierung gemäß Artikel 50, 51, 52, 54 und 55 die Entscheidungen zu treffen über die Organisation des Transportwesens, die Herstellung und Verteilung der Lebensmittel und der mehrere Stellen interessierenden Industrieprodukte, über die Einsetzung der Arbeitskräfte sowie über den Außenhandel. Nur genau umschriebene Einzelaufgaben bleiben auch im Kriegsfall anderen Ministern vorbehalten. Dieser ministre unique ist die Spitze der wehrwirtschaftlichen Organisation. Dieser Apparat ist aber kein einheitlicher, sondern setzt sich aus vielen Abteilungen zusammen, insbesondere den produktionstechnischen der Wehrministerien, wie z. B. der Abteilung 12 des Kriegsministeriums, die die Fragen der Rohstoffversorgung

und der Arbeitervermittlung für alle Rüstungsbetriebe, auch die der Marine und der Luftwaffe, zentral entscheidet. Das Gesetz sieht ferner mehrere Stellen für die Lösung spezieller Aufgaben vor, wie z. B. gemäß Artikel 29 einen dem Büro des Ministerpräsidenten angegliederten Zentralausschuß, der (wie während des Weltkrieges) für eine einheitliche Durchführung der Beschlagnahmen zu sorgen hat, gemäß Artikel 48 und 54 beratende Ausschüsse für die Erfassung aller materiellen beziehungsweise persönlichen Kräfte sowie gemäß Artikel 57 unter der Leitung des Ministerpräsidenten einen Informations-, Kontroll- und Propagandadienst, der vielleicht zu einem zentralen Organ ausgebaut wird und ein Gegeneinander der einzelnen Stellen zu verhindern und eine Zusammenarbeit herbeizuführen hätte. Hinzu kommen gemäß Artikel 61 die regionalen Stellen und gemäß den Artikeln 4, 44 und 60 die Abteilungen, die in allen Ministerien die in deren Geschäftsbereiche fallenden wehrwirtschaftlichen Aufgaben unter der Aufsicht des *ministre unique* in Angriff zu nehmen haben. Es besteht also eine seltene Fülle von Büros und Ausschüssen. Es wird eine starke Autorität und eine beachtliche organisatorische Leistung erforderlich sein, wenn dieser so weit verzweigte, aber dem französischen Verlangen nach individuellen Lösungen Rechnung tragende Apparat wirksam eingesetzt werden kann.

Der Mangel an Kräften.

Dieses Gesetz gibt dem *ministre unique* beziehungsweise der Regierung und dem Kriegsausschuß alle Rechte zur Erfassung der Kräfte, zur Beschaffung der Materialien und zur Indienstnahme von Betrieben. Der Artikel 14 sieht den zivilen Hilfsdienst für alle Personen männlichen Geschlechtes vor, die das achtzehnte Lebensjahr überschritten haben und nicht zum Militär oder gemäß Artikel 11 zum Luftschutz eingezogen werden. Die Einberufenen werden gemäß ihren Fähigkeiten unter Berücksichtigung des Alters und des Familienstandes eingesetzt. Pensionierte Beamte und Angestellte der öffentlichen Hand werden von ihren früheren Behörden angefordert. Die Bezahlung ist die übliche; zusätzliche Einkommen sollen vermieden werden. Diese Bestimmungen wie die entsprechenden des Artikels 21 über die Entschädigung bei Beschlagnahme waren lange umstritten. Viele vertraten die Ansicht, daß im Interesse einer Höchstleistung Sondergewinne geboten werden müßten, aber im Hinblick auf die psychologisch so verhängnisvoll gewesenen Auswirkungen der Kriegs- und Reparationsgewinnler wurde der Grundsatz aufgestellt, daß der Krieg für niemanden zur Quelle besonderer Einnahmen werden dürfe.

Von diesem wurde allerdings des öfteren abgewichen. So können Sonderleistungen, Produktionssteigerungen und Erfindungen mit Prämien belohnt werden und muß bei der Festsetzung von Entschädigungssummen dem früher erzielten Gewinn Rechnung getragen werden. Mehrere sehr ins einzelne gehende Artikel grenzen die Höhe der Vergütungen genau ab. Jeder Franzose im Alter von mehr als achtzehn Jahren, gegebenenfalls der Erziehungsberechtigte, muß dem Bürgermeisteramt Angaben über seinen Wohnsitz und über seine berufliche Tätigkeit machen. Der Präfekt hat die Aufteilung der Kräfte auf die Rüstungsbetriebe, Verwaltungsbehörden und sonstigen Stellen vorzubereiten. Vorläufige Gestellungsbefehle können in der Friedenszeit versandt werden. Freiwillige Meldungen sind möglich. Departementale Ausschüsse, denen unter Vorsitz des Präfekten in gleicher Zahl Vertreter der Arbeiterschaft und der Unternehmer angehören, überwachen diese Maßnahmen.

Aber diese Artikel können die entscheidende Tatsache, daß Frankreich nur 41 950 000 Einwohner zählt (30. 6. 1937) und daß es seit 1935 einen Geburtenunterschuß von durchschnittlich 20 000 pro Jahr aufweist, nicht aus der Welt schaffen. Zwar ist die Bevölkerungszahl noch aufwärts gerichtet; so ist seit 1920 eine Zunahme um 2,75 Millionen zu verzeichnen, aber diese ist im wesentlichen die Folge der Zuwanderung. Die Erhöhung der Einwohnerzahl von 1920 bis 1930 um 2,4 Millionen ist z. B. nur zu 0,88 Millionen auf den damals übrigens ansehnlichen Geburtenüberschuß zurückzuführen und zu 1,52 Millionen auf Einwanderung, die bis 1937 um nur noch 0,34 Millionen zu 0,24 Millionen auf den Geburtenüberschuß und zu 0,1 Millionen auf die Einwanderung. Also auch in den schweren Krisenjahren seit 1931, als die amtliche Arbeitslosenzahl auf mehr als 500 000 stieg und unter dem Druck der Gewerkschaften Massenausweisungen von Fremdarbeitern vorgenommen wurden, lag ein Einwanderungsüberschuß vor. Seit 1930, bis wann die Geburtenzahl oft über der der Vorkriegszeit von 190 pro 10 000 gelegen hatte, ist eine wesentliche Verschlechterung eingetreten:

Geburten pro 10 000 Einwohner:

	Frankreich	Deutschland	England	Schweden	Italien	Polen	Rumänien	Japan
1920	214	258	255	236	318	322	337	362
1930	180	175	163	154	267	325	300	324
1934	162	180	148	137	234	265	324	300
1936/37	147	188	149	142	227	249	315	299

Ein wichtigeres Problem ist für Frankreich, was oft übersehen wird, die hohe Sterbezahl und die geringe gegenüber der Vorkriegszeit eingetretene Besserung.

Todesfälle pro 10 000 Einwohner:

	Frankreich	Deutschland	England	Holland	Italien	Polen	Rumänien	Japan
1913	175	150	138	123	188	—	261	195
1930	156	111	114	91	141	155	194	182
1934	151	109	118	84	133	144	207	181
1936/37	150	117	124	88	141	140	198	175

Die entscheidenden Tatsachen sind die hohe Sterbezahl der Menschen im Alter zwischen 20 und 40 Jahren sowie der geringe Verhältnisanteil der unter 15jährigen und der hohe der über 45jährigen. Frankreich ist ein Land ohne Jugend und wird ein Volk der Greise. Frankreich ist zwar nicht mehr, wie zeitweilig in der Vorkriegszeit, das Land mit der niedrigsten Geburtenzahl, wohl aber infolge der hohen Sterbezahl das mit dem stärksten Substanzschwund.²⁾

Die entscheidende wehrpolitische Aufgabe Frankreichs ist heute die der Beseitigung dieses Substanzschwundes. Aber noch so klug durchdachte Gesetze vermögen nur wenig zu verrichten. Das Bevölkerungsproblem ist kein juristisches, sondern ein psychologisches, ethisches und nationalpolitisches. Der französische Substanzschwund ist der bevölkerungsmäßige Ausdruck, daß Lebenslust und Lebenswille dahinschwinden. Es ist vorwiegend eine Frage der politischen Führung, ob wieder ein stärkerer Lebenswille erwacht. Eine Änderung ist möglich, aber wenig wahrscheinlich, denn das Problem besteht schon seit 1850, und nach einer so langfristigen Abwärtsbewegung hat es in der Geschichte nur einmal einen Umschwung gegeben, im Falle Japan.

Aber auch denjenigen, der sich der Grenzen der Bevölkerungspolitik bewußt ist, überrascht es, wie wenig Frankreich getan hat. Viele Maßnahmen wären möglich, wobei weniger die Erhöhung der Geburtenzahl, sondern mehr die Senkung der Sterbezahl in Frage käme. Die Ursachen dieses Übelstandes sind in amtlichen Veröffentlichungen oft angeführt worden. Als wichtigste wird neuerdings stets der Alkoholismus genannt, daneben die mangelhaften hygienischen Zustände in den Elendsbezirken der Großstädte

²⁾ Dies hat klar herausgearbeitet Karl C. von Loesch in dem in dieser Schriftenreihe erschienenen Heft (Nr. 31): „Die außenpolitischen Wirkungen des Geburtenrückganges, dargelegt am Beispiel der Franzosen.“

und auf dem Lande. Alkoholismus bedeutet dabei nicht Wein oder Bier, denn die 118 Liter Wein, die der Franzose durchschnittlich im Jahr konsumiert, schaden ihm ebensowenig wie dem Deutschen sein Glas Bier. Alkoholismus bedeutet auch nicht den vor dem Essen so bekömmlichen Schluck Wermut, sondern vor allem den Apéritif, der vielleicht zunächst anregt, aber wegen der vielen Zutaten als körperschwächendes Gift die Arbeitsintensität lähmt. Die über die bevölkerungspolitische Entwicklung ihres Landes besorgten Franzosen wissen um diesen verhängnisvollen Einfluß — aber die französischen Apéritiffirmen sehen für „besondere Ausgaben“ zu hohe Beträge vor.

Infolge dieses Substanzschwundes und des schlechten Gesundheitszustandes fehlen den Rüstungsbetrieben die qualifizierten Arbeiter und ist nur selten ein Mehrschichtensystem möglich. So sind überall empfindliche Lücken aufgetreten, sei es, daß der Bau von Kriegsschiffen 50% mehr Zeit erfordert als in anderen Ländern oder daß nicht einmal für die Armee genügend Gasmasken zur Verfügung stehen, geschweige denn für die Zivilbevölkerung, oder daß die Serienherstellung erstklassiger Prototypen der Luftwaffe nicht möglich ist oder daß die Flugabwehr im argen liegt oder daß die Wehrmacht nicht genügend Spezialisten für die gemäß dem Gesetz vom 31. Mai 1933 vorgesehene Sondertruppe von 15 000 Mann findet, davon 4 450 für die Tankwaffe und die Befestigungsanlagen, 3 780 für die verschiedenen verkehrstechnischen Aufgaben, 2 150 für die Artillerie und die anderen für die Pioniertruppe und das Automobilkorps. Obwohl diese Unteroffiziere wesentlich besser bezahlt werden als die übrigen Langdienenden, waren bis Mai 1937 nur 2 358 eingestellt worden. Dank den damaligen 1 955 Anwärtern und anderen Neueinstellungen will man diese Zahl 1938 auf 7 496 bringen, so daß also nach fünf Jahren erst die Hälfte des Sollbestandes erreicht wäre.

Ein Ausweg wäre die Einwanderung. Frankreich zählte schon 1934 2,3 Millionen Fremde, darunter 0,94 Millionen Italiener, 0,52 Millionen Polen, 0,47 Millionen Spanier, 0,26 Millionen Belgier und 0,06 Millionen Deutsche; unter diesen 2,3 Millionen wiederum 815 000 Fremdarbeiter, die zum größten Teil in wehrwirtschaftlich wichtigen Betrieben, vor allem im Kohlenbergbau, Arbeiten verrichten, die die Franzosen als zu schwer und zu dreckig ablehnen. Hinzu kommen die vielen Naturalisierten, in den letzten 50 Jahren 1,5 Millionen, und die Kinder von Fremden, die gemäß dem jus soli Franzosen werden. In italienischen Grenzbezirken sollen bei Musterungen oft mehr als 50% der Rekruten italienischer Abstammung sein. Zu dem Problem des Substanzschwundes tritt also das der Überfremdung, dessen Bedeutung sich

vor allem bei den sozialen Unruhen des Jahres 1936 zeigte. Ein anderer Ausweg wäre der der Einsetzung der Bevölkerung des überseeischen Frankreichs. In Frankreich spricht man gern von den 60 Millionen des „von allen Ozeanen umspülten zweiten Frankreich“, aber man übersieht dabei die rassenpolitische Rehrseite. Schon unter Napoleon III. wurden Nordafrikaner gegen Weiße eingesetzt! Heute sind von den 563 000 Unteroffizieren und Soldaten der Armee 138 000 Fremdrassige, nur 407 000 Franzosen, und die anderen Angehörige der Fremdenlegion. Hierbei ist noch unberücksichtigt, daß viele der 407 000 Franzosen nicht französischer Abstammung sind. Von den 202 000 Langdienenden sind nur 109 000 Franzosen.

Das bevölkerungspolitische Problem ist für Frankreich das entscheidende. Die 42 Millionen können infolge der Erlahmung des Lebenswillens und ihrer Rentnermentalität die Aufgaben der Pariser Vorortsverträge nicht lösen, zumal sie zu sehr auf ihre persönlichen Freiheiten und zu wenig auf ihre Pflichten als Staatsbürger bedacht sind und deswegen nur in äußerst kritischer Lage eine autoritäre Staatsführung akzeptieren. Diese französischen Lebens- und Staatsformen der Demokratie lassen zwar ein beschauliches Dasein zu, aber nicht den einstigen Einfluß auf das Weltgeschehen.

Keine Nahrungsmittel-, aber Rohstofforgen.

Verhältnismäßig wenig besagen die Bestimmungen des wehrwirtschaftlichen Grundgesetzes über die Beschlagnahme und Verteilung von Nahrungsmitteln. Ernährungsorgen braucht nämlich Frankreich für den Kriegsfall wegen seines stark agrarischen Charakters und der Fruchtbarkeit seines Bodens nicht zu befürchten. Das ist die Lichtseite seiner wirtschaftlichen Struktur. Die Einfuhr von Nahrungsmitteln belief sich 1937 wertmäßig zwar auf 10,7 Milliarden, aber 7,3 Milliarden stammten aus den Kolonien, insbesondere aus den nordafrikanischen, und betrafen im wesentlichen Erzeugnisse, die Frankreich selbst im Überfluß hat, wie Weizen und Wein, aber aus kolonialpolitischen Gründen einführen muß. Wichtiger als einige kleine Lücken, wie für Ole, Sette, Fleisch und Genußmittel sind die Überschüsse, so an Weizen und Wein. Die Weizenernte 1938 belief sich z. B. bei einem Bedarf von 74 Millionen dz auf mehr als 90 Millionen dz, zu denen 3 Millionen der nordafrikanischen Besitzungen hinzuzurechnen sind.

Weniger günstig gestellt ist Frankreich rohstoffwirtschaftlich. Bedeutsam sind nur die Vorkommen von Eisenerzen, Baurit und Kali, und an kolonialen die von Eisen- und anderen Erzen und

von Phosphaten. Empfindlich sind viele Lücken. Das eigene Petroleum (Pechelbronn im Elsaß und Djebel Tselfat in Marokko) deckt nicht einmal 2% des Verbrauches; ähnliches gilt für Kupfer-, Blei-, Zink-, Zinn- und Manganerze; die Kohlenzechen bestenfalls zwei Drittel des Bedarfes. Die Eigenerzeugung an Textilien und Kautschuk wurde im Mutterlande noch nicht eingeleitet; für das überseeische Frankreich ist nur der Ausbau der Gummipflanzungen in Indochina bemerkenswert. Hinzu kommen viele wichtige Einzelfragen wie die anlässlich des spanischen Bürgerkrieges so akut gewordene der Pyritversorgung. Die Einfuhr an Rohstoffen belief sich 1937 auf 25,1 Milliarden Fr., davon nur 2,8 Milliarden aus den Kolonien bzw. 466 und 29 Millionen dz.

Das wichtigste Problem, das der Versorgung mit Brennstoffen, stand schon während des Weltkrieges im Vordergrund. Auf Grund der damaligen Erfahrungen wurde ein Apparat öffentlich-rechtlichen Charakters aufgezogen, so das Nationalamt für flüssige Brennstoffe, das Treibstoffmonopol und der halbstaatliche Petroleumkonzern Compagnie Française des Pétroles. Die Aktivität richtete sich vor allem auf die Irak Petroleum Company, an der die Compagnie Française des Pétroles mit einem gleichen Aktienpaket beteiligt wurde wie die anderen ausländischen Gruppen, 23,75%. Es war für Frankreich ein historischer Moment, als 1934 die durch acht Pumpstationen betriebene unterirdische Röhrenleitung von Kirkuk im Mossulgebiet nach dem im französischen Mandat Syrien gelegenen Tripoli fertiggestellt und das Irakpetroleum zur Weiterverarbeitung nach den französischen Raffinerien transportiert wurde.

Seitdem zeigt sich immer deutlicher die Problematik dieser Politik: Diese Gebiete werden im Ernstfalle den dann wohl auf 20 Millionen t ansteigenden Bedarf nicht decken können (so beträgt die Kapazität der 36 Bohrlöcher von Kirkuk 6 Millionen und die jetzige Förderung 4 Millionen t jährlich), die Röhrenleitung kann zerstört werden, der Transport nach Frankreich vorbei an Küsten von sechs Staaten ist nur schwer zu sichern und Verhandlungen mit anderen Lieferanten könnten nicht genügend schnell zum Ziele führen. Wenn auch Frankreich alles im Interesse eines weiteren Ausbaues seiner Irakpetroleumbelange tut und sich durch die Compagnie Française des Pétroles an neuen Bohrungen in Vorderasien beteiligt, so wendet sich doch der Blick immer mehr nach den anderen Petroleumlieferanten, insbesondere nach den USA. und Venezuela. Relativ gesichert erscheint nämlich der Transport von dort nach den großen französischen Raffinerien an den Mündungen der Seine, Loire und Gironde, aber Frankreich ist dabei auf eine Hilfestellung der USA. als Lieferanten und Englands

für den Transport angewiesen. Das ist ein Grund, und nicht der unwichtigste, warum bei Entscheidungen über außenpolitische Fragen so sehr auf die Downing Street geachtet wird.

Frankreich tut alles, um diese Abhängigkeit zu mindern. Der Ausbau der Tankflotte, die Erdölbohrungen in Frankreich und in Nordafrika, die Versuchswerke für synthetisches Benzin in Liévin und Béthune, die Kuhlmann-Anlage, der Ramadier-Plan der drei Riesenwerke zu je 100 000 t,³⁾ um so zumindest das für die Flugwaffe notwendige Benzin mit dem erforderlichen Octangehalt herzustellen, die Beimischung von Alkohol, die Verarbeitung von Rüben, anderen landwirtschaftlichen Erzeugnissen und neuerdings auch Weizen zu Alkohol sowie die Versuche mit dem Holzgasmotor zeigen, daß eine starke Aktivität entwickelt wird. Aber es handelt sich meistens nur um Pläne und erste Versuche oder um wenig befriedigend verlaufende.

Bei der Herstellung des synthetischen Benzins geht es auch deswegen nicht vorwärts, weil Frankreich im Gegensatz zu Deutschland und England diese Werke nicht auf nationaler Basis aufbauen könnte. Von dem französischen Kohlenverbrauch von 75 Millionen t im Jahre 1937 deckten die Zechen nur 45 Millionen t. Die Eigenförderung kann zwar durch Einlegung von Sonderschichten, durch Mehreinstellungen und Rationalisierungsmaßnahmen erhöht werden, aber wohl kaum über 55 Millionen t, und die Qualität dieser Kohle läßt viel zu wünschen übrig. Auch kohlenwirtschaftlich ist also eine empfindliche Abhängigkeit Frankreichs gegeben, die durch Ausbau der Wasserkräfte der Rhône, des Zentralmassivs und der Pyrenäen etwas gemindert werden soll — aber auch hier handelt es sich um Pläne, die schon Jahrzehnte alt sind und nur im Schneckentempo verwirklicht werden.

Wohl für kein Land wird im Ernstfall ein so starker Rohstoffbedarf vorliegen wie für Frankreich. Deswegen wird dem Goldschatz eine erhebliche wehrwirtschaftliche Bedeutung beigemessen. Die Abwertung des Franken im Herbst 1936 wurde z. B. auch damit begründet, daß ein Goldbestand der Notenbank von 3000 t als Kriegsschatz erforderlich sei und nicht eingesetzt werden dürfe. Mit der Schrumpfung des Goldbestandes auf 2160 t trat dies Argument mehr in den Vordergrund. Es ist dabei relativ belanglos, warum dieser Goldschatz mit 3000 t festgesetzt wurde, und eine Selbstverständlichkeit, daß ein Staat mit 3000 t für den Kriegsfall besser gerüstet ist als einer mit nur 1000 oder gar nur 100 t. Aber dieser Besitz darf auch nicht überschätzt werden. Er nützt z. B. nicht viel, wenn die Weltmeinung gegen den Staat ist.

Für Frankreich ist die entscheidende Frage, ob die Vorteile, die

³⁾ Ein anderer Plan sieht vier Werke von zusammen nur 270 000 t vor.

das Gold der Notenbank in den ersten Monaten eines Krieges bieten könnte, die Nachteile aufheben, die mit dem durch die Verteidigung des Goldschatzes bedingten Verzicht auf eine Währungsstabilität gegeben sind. Diese Nachteile sind die mit der Währungsentwertung verbundene Unruhe in der Wirtschaft, die Lähmung der Initiative, die Schrumpfung der Umsätze, das Ansteigen der Preise, der Rückgang der Kaufkraft, die Nervosität der Bevölkerung, innen- und sozialpolitische Krisen sowie der Verlust an außenpolitischem Ansehen. Viele Franzosen vertreten die Ansicht, daß der Goldbestand der Notenbank nicht so entscheidend sei, daß um seinetwillen das Vertrauen zur Währung und die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft in Frage gestellt werden könnten. Aber diese Ansicht hat sich vorläufig in Frankreich nicht durchsetzen können. Aus wehrwirtschaftlichen Gründen wird weiter Gold aufgestapelt, aber andererseits hat Frankreich die schlechteste Währung.

Bedeutsamer als diese Goldpolitik ist die der Magazinierung. Hier steht ebenfalls das Rohöl im Vordergrund. Die Petroleum-Importeure sind verpflichtet, Vorräte zu halten, wobei der Satz für Benzin durch eine Verordnung vom 31. März 1938 von 33 auf 40% des Jahresimports erhöht wurde. Hiervon muß ein steigender Teil, 1938: 15%, 1948: 40%, im Innern des Landes untergebracht werden, was den Bau neuer Anlagen erforderlich macht. Die Vorräte werden aber wohl bald diese Sätze überschreiten, zumal die Hauptträger dieser Politik, die Compagnie Française des Pétroles und die großen Raffinerings-Konzerne, genügend finanzkräftig sind. Für die Aufstapelung anderer wichtiger Rohstoffe ist aber nicht viel getan. In der Öffentlichkeit bekannt wurde nur Näheres über den Plan einer Magazinierung von 10 Millionen dz Weizen, um so zugleich einen erheblichen Teil des Weizenüberschusses zu absorbieren — aber es fehlen die Silos. Wie bei Weizen macht sich auch sonst der Mangel an Einrichtungen und an Kapital empfindlich bemerkbar. Im Kriegsfall bleibt Frankreich vor allem auf die Einfuhr angewiesen.

Transportfragen.

Frankreich, dessen Bevölkerung auch in den Küstengebieten bäuerlich eingestellt ist und sich zur Kriegs- und Handelsmarine nicht besonders hingezogen fühlt, kann die Fragen der Schifffahrt nicht mehr vernachlässigen. Große Projekte werden denn auch ausgearbeitet, so für die Kriegsmarine für die Jahre 1938/42 ein Sonderprogramm von 5 Milliarden. Frankreich würde somit Ende 1942 über sechs moderne Schlachtkreuzer verfügen, die in Dienst gestellten 26 000 t „Dunkerque“ und „Strasbourg“, die

in Bau befindlichen 35 000 t „Richelieu“ und „Jean Bart“, den im August 1938 bei dem staatlichen Arsenal in Brest in Auftrag gegebenen 35 000 t „Clemenceau“ und einen sechsten, der wohl noch nicht gebaut werden kann, weil die Werftanlagen nicht ausreichen. Zwecks Sicherung der Seewege des Mittelmeers werden ferner der Flottenstützpunkt von Aspretto in Korsika, die von Berre und Saint-Mandrier an der französischen Mittelmeerküste sowie der von Mers-el-Kabir in Nordafrika ausgebaut. Im Ernstfalle würde aber wohl wichtiger der Weg von Casablanca, Dakar und den anderen westafrikanischen Häfen nach den atlantischen Frankreichs sein, was einen Ausbau der Eisenbahnen und Straßen Nord- und Westafrikas (Magenotlinie im Osten von Tunis!) sowie einen Schutz durch die Kriegsmarine bedingt.

Dem Programm der Kriegsmarine steht das der Handelsmarine nicht nach. Für diese liegt ein erheblicher Erneuerungsbedarf vor, denn bei einer Tonnage von 3 Millionen t sind 1,6 Millionen t älter als 15 Jahre, so daß unter der Voraussetzung einer Lebensdauer von 25 Jahren im Jahresdurchschnitt 160 000 t auf Stapel gelegt werden müßten. Die Regierung Daladier will aber 600 000 t in den nächsten drei Jahren bauen lassen, um so vor allem die Lücken beim Transport wichtiger Waren zu beseitigen, wie z. B. bei Petroleum, Kohlen und kolonialen Erzeugnissen. Das bedeutsamste Problem ist das des Ausbaues der Tankflotte, die sich wohl Ende 1938 auf 400 000 t belaufen wird gegenüber 2,3 Millionen t der englischen und 2,6 Millionen t der U.S.-amerikanischen. Der Staat hat im Juni 1938 erhebliche kreditwirtschaftliche und andere Erleichterungen gewährt. Es wurden seitdem Tankdampfer in Auftrag gegeben und ausländische angekauft.

Innerhalb Frankreichs steht das Problem der Autobahn im Vordergrund. Auch hier ist an Plänen kein Mangel. Die wichtigsten betreffen eine Grenzautobahn von Calais über Dünkirchen, Lille, Sedan, Metz, Straßburg und Belfort nach Dijon in einer Länge von 932 km sowie Verbindungen von Paris über Vitry nach Straßburg und von Cambrai über Vitry nach Dijon in einer Länge von 472 bzw. 557 km; andere eine Ringbahn um Paris, eine Verbindung von Beauvais nach Lille und den Ausbau der Überlandstraßen nach dem Südosten und dem Südwesten — aber alles sind nur Pläne. In Angriff genommen wurde bisher nur die 30 km lange Pariser Ausfallstraße von St. Cloud durch die Wälder von Marly. Die Arbeiten werden neuerdings beschleunigt, weil dieser Bahn bei einer Räumung von Paris eine große Bedeutung zukommt. So wird vielleicht Frankreich im Jahre 1939 seine erste Autobahn erhalten.

Das ständige Vertagen der Pläne wird damit begründet, daß

Autobahnen für Luftangriffe ein zu deutliches Ziel seien und deswegen vermieden werden sollten, wenn der gleiche Erfolg mit anderen Mitteln erreicht werden könnte. Das sei in Frankreich dank dem weitverzweigten alten Straßennetz der Fall. Frankreichs militärische Stärke liege mit darin, daß es über eine Fülle guter Straßen verfüge und der Gegner im Ungewissen sei, welche Wege für die Anfahrt der Truppen benutzt würden. Es genüge der Ausbau dieser Straßen. Diese Gedankengänge werden denen plausibel erscheinen, die auf den verlassen daliegenden großen Fernverkehrsstraßen, wie von Basel oder Nancy nach Paris, gefahren sind. Aber die Militärs halten an ihren Projekten fest, da eben dank Autobahnen mit einer Breite von 25 bis 30 m eine Panzerdivision 100 km in drei Stunden zurücklegen könnte, dagegen auf Fernverkehrsstraßen mit der in Frankreich üblichen Breite von 7 m nur in 18 Stunden. In Frankreich fehlen jedoch das Geld, die Arbeitskräfte und die Initiative, um den als richtig erkannten Gedanken durchzuführen.

Als Einzelprojekt ist der Bau einer unterirdischen Benzinröhrenleitung von Donges nach Montargis bei einer Länge von 450 km und Baukosten von 150 Millionen Fr. zu erwähnen. Donges liegt an der Mündung der Loire, wurde als Hafen während des Weltkrieges ausgebaut und später auch Standort großer Raffinerien, so einer des Pechelbronn-Konzerns, weil die Loiremündung als am meisten geschützt gilt. Von hier würde die unterirdische Benzinleitung über Orléans bis zu dem eisenbahn- und kanaltechnisch wichtigen Montargis führen. Diese Röhrenleitung wird etwa einen Meter unter der Erde liegen und jährlich mindestens eine Million t befördern können. Mit dem Bau sollte Ende 1938 begonnen werden, aber neuerdings wurde auch dies Projekt vertagt, weil es eine unnötige Konkurrenz für die Eisenbahn und für die Schifffahrt sei.

Die Verstaatlichung der Rüstungsindustrie.

Bezeichnend für die wehrwirtschaftliche Lage Frankreichs ist, daß Frankreich als einziger kapitalistischer Staat zu einer Verstaatlichung der Rüstungsindustrie schreiten mußte. Nichts wäre falscher, als hierin nur ein typisches Gesetz der Volksfrontdemagogie zu sehen, das sich wie so manches andere als undurchführbar erweisen würde. Zwar kam im Wahlkampf und bei den parlamentarischen Beratungen dem naiv-pazifistischen Volksfront-Argument, daß eine Verstaatlichung dank Ausschaltung der Verdienstmöglichkeiten ein entscheidender Schritt zur Friedenssicherung sei, eine große Bedeutung zu, aber wichtiger ist die wirtschaftliche Begründung: Der Staat sei der einzige Auftraggeber der

Rüstungsindustrie, die Initiative gehe von den Wehrministern aus, während die Werke nur Aufträge durchführen und ihre Leiter nicht nur ihre Unternehmerfunktionen vernachlässigt, sondern sich oft sogar dem Notwendigen widersetzt hätten. In den parlamentarischen Berichten der Wehrausschüsse wird bittere Kritik an der französischen Rüstungsindustrie geübt, weil diese zu sehr auf Rentabilität bedacht sei und deswegen immer zögere und Widerstand leiste, wenn auf lange Sicht berechnete Erneuerungsarbeiten durchgeführt werden müßten. Dagegen könnten staatliche Betriebe leichter und wirkungsvoller eingeschaltet werden. Damit verbunden seien die Vorteile einer gleichmäßigen Beschäftigung und einer Besserstellung der Arbeiter, die mit der Entwicklung der Technik zu einem immer wichtigeren Faktor werden. Derartige Erwägungen haben auch rechtsstehende Abgeordnete und Senatoren veranlaßt, dieser Vorlage der Volksfrontregierung Blum zuzustimmen.

Das am 11. August 1936 in Kraft getretene Gesetz sieht in Artikel 1 vor, daß bis zum 31. März 1937 gemäß Vorschlägen der Minister des Krieges, der Marine und der Luftwaffe Rüstungsbetriebe ganz oder teilweise verstaatlicht werden können. Als solche gelten die, die Feuerwaffen, Munition, Kriegsschiffe, Kampfwagen, Flugzeuge und ähnliche Kriegswaffen sowie Schutzmittel gegen Gas herstellen oder damit handeln. Bei Durchführung des Gesetzes achtete man vor allem auf eine Reorganisation und Erhöhung der Leistungsfähigkeit der Industrie. Industrielle und Militärs arbeiteten dabei eng mit der Volksfrontregierung zusammen, die ihrerseits die Eingriffe auf die für die Deckung des normalen Bedarfs notwendigen Betriebe beschränkte. Die Durchführung des Gesetzes verlief fast reibungslos. Nur in einem Falle, bei den Schneider-Anlagen in Creusot, kam es zu größeren Meinungsverschiedenheiten.

Dieses Gesetz bedeutet eine Vergrößerung des staatlichen Sektors der Rüstungswirtschaft. Wie in anderen Ländern, so gehen auch in Frankreich seit Jahrzehnten Bestellungen der Wehrministerien an die staatlichen Arsenale. Die des Marineministeriums beschäftigten z. B. Ende 1937 40 000 Arbeiter, davon 25 000 in den großen Werften von Brest, Lorient, Rochefort, Toulon usw. Das Kriegsministerium verfügt vor allem über die Arsenale in Versailles, das so aus einer Residenz-, Beamten- und Fremdenstadt immer mehr zu einem Industrie- und Arbeiterort wird, ferner über die anderen Betriebe der Pariser Region, über die in Mittelfrankreich, wie in und bei St. Etienne, Lyon, Clermont-Ferrand, Bourges, Moulins, in West- und Südfrankreich, wie in Rennes und Toulouse sowie über die Pulverfabriken in Toulouse, in der Bretagne, in Nordfrankreich, in der Pariser

Region, in der von Bordeaux und nahe der Mittelmeerküste. Auf die private Industrie war dagegen bis 1936 das Luftfahrtministerium fast ausschließlich (abgesehen von den staatlichen Anlagen in Bordeaux und Clermont-Ferrand) angewiesen.

Für die Flugzeugindustrie bedeutet dies Gesetz eine umfassende Neuorganisation durch Zusammenlegung vieler zwar durch ihren Namen bekannter, aber aus finanziellen, technischen und organisatorischen Gründen nicht genügend leistungsfähiger Firmen und Betriebe in sechs große gemischtwirtschaftliche Gesellschaften, deren Kapital zu 66,6% im Besitz des Staates ist, deren Leitung aber in Händen bisheriger Führer der Flugzeugindustrie liegt. Durch Verbindung staatlicher Leitung und privater Initiative soll der höchste Effekt erreicht werden. (Siehe Tabelle Seite 21.)

Die Gesamtleitung liegt seit Herbst 1938 bei Herbert Caquot, der als technischer Chef im Luftfahrtministerium am Bau der wichtigsten Prototypen einen maßgeblichen Anteil hatte und nun das entscheidende Problem, das der Serienherstellung von 250 Flugzeugen in einem Monat — und nicht in acht Monaten, wie von Januar bis August 1938 — in Angriff nehmen soll.

Von den französischen Flugmotorenwerken wurden nur die der Société des Moteurs et Automobiles Lorraine in Argenteuil enteignet, während sich der Staat bei den beiden führenden, Hispano-Suiza und Gnome et Rhône, mit dem Erwerb eines Aktienpaketes und mit der Delegation von zwei Vertrauensleuten, einem Wirtschaftler und einem Techniker, in den Verwaltungsrat begnügte. Ähnliches gilt für die in Valentigney (Seine et Oise) gelegenen Anlagen der Société Alkan et Cie.

Diese Verstaatlichung der Flugzeugindustrie wird als ein großer Fortschritt betrachtet, da die bisherigen organisatorischen, finanziellen und technischen Mängel behoben werden konnten. Die Schwierigkeiten, die sich in der ersten Zeit ergaben, werden als für die Übergangszeit unvermeidlich abgetan. Die Aufgabe des Staates ist nun vorwiegend die des Ausbaues der Anlagen, denn die bestehenden genügen keineswegs, um das 1938-Programm des Luftfahrtministeriums, das der Fertigstellung von 2 600 Flugzeugen der ersten Linie bis spätestens Frühjahr 1940, durchzuführen. 1936 hatte nämlich die französische Flugzeugindustrie nur 500 Flugzeuge erster Linie abgeliefert, im Jahre 1937 waren es nur 470 und im ersten Halbjahr 1938 kaum mehr als 250, also im Monatsdurchschnitt nur 40. Bis März 1939 soll die Kapazität auf 250 monatlich, also auf das Sechsfache gesteigert werden.

Unzureichend sind vor allem die Anlagen der Serienherstellung. Die französischen Prototypen entsprechen meistens den Anforderungen, sind oft sogar denen des Auslandes überlegen, aber wohl in keinem Lande verstreicht eine so lange Zeit bis zur

Neues gemischt- wirtschaftliches Unternehmen	General- direktor	Betriebe	Datum der Ent- scheidung	Frühere Firmen bzw. Betriebe
Société nationale de constructions aéronautiques de l'Ouest (S.N.C.A.O.)	Olive	Nantes-Bouguenais Saint-Nazaire Issy-les-Moulineaux (Paris)	16. 1. 37 16. 1. 37 16. 1. 37	L. Bréguet Loire-Nieuport Loire-Nieuport
S.N.C.A.S.O. (Sud-Ouest)	Bloch	Courbevoie (Paris) Châteauroux-Déols Bordeaux-Bacalan Bordeaux-Bègles Suresnes (Paris)	1. 1. 37 1. 1. 37 1. 1. 37 22. 3. 37 22. 3. 37	L. Bréguet L. Bréguet Société aéronautique du Sud-Ouest Union corporative aéronautique Blériot Aéronautique
S.N.C.A.N. (Nord)	Potez	Rochefort Méaulte Sartrouville (Paris) Caudebec-en-Caux Les Mureaux	20. 2. 37 1. 1. 37 1. 1. 37 1. 4. 37 1. 3. 37	Lioré et Olivier Avions Potez Chantiers aéro-maritimes de la Seine S.E.C.M. Ateliers du Nord de la France et des Mureaux
S.N.C.A.C. (Centre)	Outhenin-Chalandre	Le Havre Bourges Boulogne-Billancourt (Paris)	10. 4. 37 1. 2. 37 1. 3. 37	L. Bréguet Compagnie des avions Hanriot Avions Farman
S.N.C.A.S.E. (Sud-Est)	Arène	Argenteuil (Paris) Berre Vitrolles Cannes Marseille	20. 2. 37 1. 2. 37 1. 2. 37 1. 2. 37 gemiet. Anlage	Lioré et Olivier Avions Potez Chantiers aéro-maritimes de la Seine Avions Romano Société provençale de construction aéronautique
S.N.C.A.M. (Midi)	Dewoitine	Toulouse	20. 2. 37	Société aéronautique française

Serienherstellung wie in Frankreich. So wurde der Morane 405 im August 1935 als eine der besten Leistungen der Welt bezeichnet, aber als er 1938 in Serien abgeliefert werden konnte, war er

überholt. An Serienflugzeugen wurden 1937 in Dienst genommen: der Dewoitine 371 mit einer Stundengeschwindigkeit von 370 km, Spad 510 mit 348, Farman 222 mit 310 und an Marineflugzeugen der Latécoère 521 bzw. 523 mit 252, Loire 70 bzw. 130 mit 219 bzw. 206 und Dewoitine 373 mit 362 km Stundengeschwindigkeit.

Diese amtlichen Angaben lassen die vor allem in einer um 100 km geringeren Stundengeschwindigkeit als der damals üblichen zum Ausdruck kommenden Rückstände der französischen Flugzeugindustrie erkennen. Die Flugzeuge des Programms 1938 sollen eine Mindestgeschwindigkeit von 450 km haben. Fertiggestellt wurde als erstes unter den vorgesehenen der Potez 63, dessen Geschwindigkeit aber nur mit 400 km angegeben wird. Er wird von dem gemischtwirtschaftlichen Werk in Méaulte in Nordfrankreich geliefert, das im Sommer 1938 15 Flugzeuge im Monat herstellte, aber bis Anfang 1939 die Leistungsfähigkeit auf 50 erhöhen will. Von den anderen in Aussicht genommenen Flugzeugen werden eine besondere Bedeutung dem mit Hispano-Suiza-Motoren ausgerüsteten Bréguet 690 und dem Amiot 340 mit Gnome et Rhône-Motoren beigemessen.⁴⁾ Auf einem Amiot 340 flog General Vuillemin im Sommer 1938 mit einer Stundengeschwindigkeit von 440 km von Villacoublay (Paris) nach Berlin, während die Begleitung einen Potez 63 benutzte. Wie in Méaulte werden überall die bestehenden Anlagen wesentlich ausgebaut, aber außerdem müssen neue errichtet werden; so sind zwei Arsenale⁵⁾ in Toulouse und Limoges geplant, ferner Motorenwerke von Talbot (Lizenz Pratt-Whitney) und Hispano-Suiza im Innern des Landes, wie Saint Etienne und Tarbes (Pyrenäen). Als die modernste Anlage gilt die von Nantes-Bouguenais. Hier sollen 3000 Arbeiter mittels 250 Maschinen ab Februar 1939 30 Flugzeuge monatlich herstellen, zunächst Bloch 210 und Morane 406. Die Rückstände der französischen Flugzeugindustrie werden vor allem dadurch beleuchtet, daß Frankreich 1938 in den USA 100 Curtiß-Flugzeuge und Whitney-Pratt-Motore laufen mußte. Über eine weitere Zusammenarbeit mit amerikanischen Kreisen zirkulieren die verschiedensten Gerüchte, wie über eine Errichtung amerikanischer Flugzeugfabriken

⁴⁾ Während der Drucklegung wurde bekannt, daß in Serien Ende 1938 u. a. folgende Typen geliefert oder bestellt wurden: Die Jagdflugzeuge Morane 406, Bloch 151, Candron 714 und Dewoitine 520 mit einer Geschwindigkeit bis zu 530 km, als Mehrzweckflugzeuge Potez 63 und Bréguet 690 sowie als Bomber Amiot 350, Léo 45 und Blochtypen.

⁵⁾ Arsenale gibt es außer den obigen und den schon erwähnten von Bordeaux und Clermont-Ferrand auch in Villacoublay (Paris) und in Alger-Maison-Blanche.

in Frankreich und den Bau von Anlagen in Kanada unter französischer Beteiligung. Diese Gerüchte haben viel Wahrscheinlichkeit für sich, wenn es auch prestigemäßig kaum tragbar wäre, daß Frankreich als Großmacht auf so wichtigen Gebieten auf die amerikanische Hilfe angewiesen wäre.

Von den Maßnahmen des Kriegsministeriums wurden im Gegensatz zu denen des Luftfahrtministeriums im wesentlichen Unternehmungen und Anlagen getroffen, die als leistungsfähig und mustergültig geleitet bekannt sind, wie z. B. Schneider, Hotchkiss, Renault usw. Schneider wird zwar durch die Ausgliederung der fast 3000 Arbeiter beschäftigenden Anlagen bei Le Havre und in Le Creusot nicht allzusehr berührt, denn die Herstellung von Artillerie- und anderen Waffen ist neben der von Eisenbahnmaterial, Maschinen, Traktoren, Apparaten und neben den Beteiligungen in der Elektrowirtschaft, bei den Banken, im Ausland usw. nur einer von vielen Zweigen. Aber diese Ausgliederung besagt psychologisch sehr viel, da die Regierung über die bisherige Tätigkeit dieses Konzerns kaum klagen konnte. So soll in den Werken von Schneider dank der privaten Initiative und den vielen Ausfuhraufträgen mehr geleistet worden sein als in den Arsenalen. Die nur mit Zustimmung des Staates ausgeführten Bestellungen des Auslandes haben z. B. neue Erfahrungen und Anregungen gegeben, die den französischen zugute kamen. Aus politischen Gründen waren aber wohl Maßnahmen gegen Schneider unvermeidlich. Die Verordnung über die Verstaatlichung der Werke bei Le Havre wurde von der Geschäftsleitung hingenommen, dagegen erhob sie gegen die Enteignung eines Teiles der Anlagen in Le Creusot Einspruch, weil diese nicht vorwiegend auf die Herstellung von Rüstungsmaterial eingestellt seien und der Gesamtbetrieb durch die Ausgliederung erhebliche Schäden erleide. Der Staatsrat trug aber diesen Einwänden nur in geringem Umfange Rechnung. Ähnliches gilt für die anderen verstaatlichten Unternehmungen beziehungsweise Werke, wie z. B. die von Hotchkiss in Levallois für Maschinengewehre, Hand- und Antitankwaffen. Bezeichnend für den Status dieser Firma ist, daß das Kapital nur 16 Millionen beträgt, die Immobilien in der Bilanz von 1937 nur mit 0,9 Millionen zu Buch geführt werden, aber der Staat für die Anlagen in Levallois (zu dem Konzern gehören drei weitere große Betriebe des Automobilbaus und für Spezialerzeugnisse) 50 Millionen zahlen wollte, die der von der Gesellschaft angerufene Schiedsrichter auf 71,14 Millionen erhöhte. Diese Unternehmungen haben z. T. Hervorragendes geleistet und wesentlich zum guten Ruf, den Frankreichs Armee genießt, beigetragen. Frankreichs schwere Tanks, von denen die Armee etwa 1800 besitzt, gehören z. B. zu den besten der Welt.

Auch die leichten Tanks, die Tankabwehrwaffen, die Mörser und die Maschinengewehre gelten als ausgezeichnet. Trotzdem wurden die Werke verstaatlicht. Die Regierung hat dagegen auf alle Eingriffe in Unternehmungen verzichtet, die nicht direkt zur Rüstungsindustrie gehören, aber als Lieferanten von Rohmaterialien oder Zubehörteilen in Frage kommen. So große Konzerne wie de Wendel und Marine et Homécourt blieben von diesem Gesetz unberührt:

Neues staatliches Werk	Alte Firma	Entschädigungssumme in Mill. Fr.	Erzeugung	Zahl der beschäftigten Arbeiter
Atelier de fabrication du Mans	Manurhin	46,3	Patronen	987
Atelier de construction d'Issy-les-Moulineaux	Renault	5,4	Tanks	297
Atelier de construction de Chatillon et atelier de chargement de Vernon	Brandt	82,5	Tanks	2 066
Atelier de fabrication de Caen	Normandie	23,5	Munition	669
Manufacture d'armes de Levallois	Hotchkiss	wahrscheinlich 71,4	Infanterie- u. Antitankwaffen	2 073
Atelier de construction du Havre	Schneider	?	Kanonen bis 155 mm Ø	2 093
Atelier de construction du Creusot	Schneider	?	Kanonen ab 155 mm Ø	650
Atelier de fabrication de Saint-Priest	Matériels de protection	?	Gasschutz	254

Trotz vieler Schwierigkeiten halten die maßgeblichen Stellen, wie der Kriegsminister Daladier, an diesem Gesetz fest, da die Erhöhung des staatlichen Einflusses auf die Rüstungsindustrie für Frankreich ein Plus bedeute. Aber andererseits sind die Nachteile erheblich: So ist der Staat zu sehr in die Kampfzone der sozialpolitischen Auseinandersetzungen hineingezogen worden, wie es sich deutlich bei dem heute entscheidenden Problem der 40-Stundenwoche zeigt. Bei der Einführung dieser Sozialreform mußte der Staat vorangehen, so z. B. in den Werften schon am 3. August 1936, während viele private Betriebe erst im Frühjahr 1937 die Einschränkung der Arbeitszeit auf 5 Tage pro Woche zu 8 Stunden vorzunehmen brauchten. Die Geste hat sich aber als

eine zu kostspielige erwiesen. Die Regierung beansprucht jetzt, unabhängig vom Gesetz, die Arbeitszeit festzulegen, und ging, vor allem im Rahmen des Schiedsspruches Jacomet, ab Frühjahr 1938 zur 45-Stundenwoche über.

Die Anhänger des Gesetzes meinen, diesen Nachteilen dadurch genügend Rechnung getragen zu haben, daß sie nur einige Rüstungsbetriebe verstaatlicht haben und somit ein erheblicher privater Sektor geblieben ist. Diese Werke sind in Friedenszeiten einer Kontrolle der Betriebsführung und insbesondere der Preisbildung unterworfen. In Kriegszeiten können sie wie übrigens auch alle Waren sowie alle Patente und ähnliche Rechte gemäß dem wehrwirtschaftlichen Grundgesetz beschlagnahmt werden. Alsdann wird der Staat eine Kontrolle über etwa 7000 Betriebe beanspruchen. Außerdem ist eine Umstellung vieler Unternehmen auf kriegswirtschaftliche Bedürfnisse vorgesehen.

Dezentralisierung der Rüstungsindustrie.

Frankreichs Rüstungsindustrie weist drei Zentren auf: die Pariser Region, die Küstengebiete und Mittelfrankreich. Das wichtigste ist die Pariser Region, wo nach dem Ausfall des Nordens und Nordostens während des Weltkrieges viele Werke errichtet wurden, insbesondere die der damals neuen Waffen: Flugzeuge und Tanks. Die Flugzeugindustrie entwickelte sich z. B. in den „roten“ Pariser Vororten in Anlehnung an die Automobilindustrie, die hier seit langem ansässig ist, wie Renault in Boulogne-Billancourt, Citroën in Paris selbst, im 15. Bezirk, und eine Montagewerkstatt von Peugeot im 16. Ferner liegen die Flugmotorenwerke von Hispano-Suiza, Gnome et Rhône und Lorraine teils in Paris, teils in den Vororten, wie Bois-Colombes, Gennevilliers und Argenteuil sowie die Anlagen von Renault in Issy-les-Moulineaux, von Hotchkiss in Levallois, von Brandt in Chatillon usw. Die Entwicklung der Industrie in den Küstengebieten ist bedingt durch die Bedürfnisse der Marine, die in Mittelfrankreich durch die Vorkommen an Kohlen und Erzen sowie durch die Aktivität der dortigen Industriellen und die Leistungen der Arbeiter, so daß hier, insbesondere um Saint Etienne, ein viele Zweige umfassendes Industriegebiet entstanden ist. Andererseits kommen wichtige Rohstoffe, wie Erze, Stahl und Kohle, aus dem Norden und Nordosten, wo dank dieser Vorkommen und dem Menschenschlag, der für die Industriearbeit eher geeignet ist als die Wein- und Weizenbauern Südfrankreichs, das Zentrum der Schwerindustrie ist. Hier und in Teilen Mittelfrankreichs sind die großen Montankonzerne zu Hause: Schneider in Le Creusot, auf der Basis der dortigen Erzvorkommen 1836

für die Fabrikation von Maschinen und Eisenbahnmaterialien gebildet, ferner de Wendel im Lothringischen, Marine et Homécourt, Longwy usw.

Frankreichs Industrie liegt also vorwiegend in der Nähe der als am meisten gefährdet angesehenen Grenzen. Als einer der wundesten Punkte gilt die Konzentrierung wichtiger Rüstungsbetriebe, insbesondere der Flugzeugindustrie auf die Pariser Region, wenn auch dem Gegenargument, daß bei dieser Zusammenballung die Rüstungsbetriebe vielleicht schwerer ausfindig gemacht werden können als bei ländlichen Standorten, eine große Bedeutung zugemessen wird. Aber andererseits ist auch in Rechnung zu stellen, daß die Pariser Arbeiter sehr radikal und allen Einflüssen demagogischer Elemente leicht zugänglich sind, wie es sich 1936 gezeigt hat. Die damals wie auch heute sehr gut bezahlten Pariser Rüstungsarbeiter legten z. B. unter dem Einfluß dieser Agitatoren, gewissermaßen aus purem revolutionären Übermut, in den letzten Jahren mehrfach wichtige Rüstungsbetriebe still, während andererseits in mehr ländlich gelegenen Orten die Flugzeugfabriken schon im Vorfommer 1938 zur 45-Stunden-Woche und zum Mehrschichtensystem übergehen konnten. Aus diesen und anderen Erwägungen wird eine Verlegung der französischen Rüstungsindustrie ins Innere des Landes angestrebt. Durch eine Verordnung vom 2. Oktober 1934 wurde sogar die Erteilung von Rüstungsaufträgen an die Betriebe verboten, die nach diesem Zeitpunkt in der Pariser Region errichtet wurden.

Seit insbesondere 1931 befaßen sich die wehrwirtschaftlichen Ämter mit der Frage, welche Gebiete als Standorte der Rüstungsindustrie in Frage kämen. Auf Grund dieser Beratungen wurde 1935 folgende Linie gezogen: Von dem kleinen an der normannischen Küste gegenüber der Bretagne gelegenen Orte Granville nach Le Mans, Orléans, Saint Etienne und von hier etwa 30 km östlich der Rhône nach dem Mittelmeer. Die französischen Industriegebiete liegen aber nördlich und östlich dieser Linie, wenn wir von einigen Betrieben an der Küste und im Süden absehen, und müßten somit verlagert werden, und zwar in agrarische Gebiete, wo jetzt Frankreichs köstlicher Wein so üppig gedeiht. In Angriff genommen wurde diese Verlagerung zunächst für die Flugzeugindustrie, der seit 1935 über die Caisse des Compensations besondere Zuschüsse oder sonstige Erleichterungen gewährt werden. Die Flugzeugwerke der Pariser Region sollen nur noch Prototypen herstellen, während die Serienherstellung den dezentralisierten überlassen wird. So entstehen neue Zentren der Flugzeugindustrie im Westen und Süden Frankreichs, insbesondere bei Nantes, Rochefort, Bordeaux und Toulouse, wie im einzelnen aus der oben wiedergegebenen Tabelle ersichtlich ist. Sogar Nord-

afrika und Grenzstaaten (Hispano-Suiza in Genf!) werden als Standorte in Erwägung gezogen. Diese Bestrebungen stoßen aber auf erhebliche Schwierigkeiten, so daß die Serienherstellung von Flugzeugen in der Pariser Region noch wichtiger ist als die in der Provinz. Ein Grund ist, daß die Qualitätsarbeiter Paris als Wohnort vorziehen und die Ingenieure und leitenden Angestellten noch weniger als die Arbeiter geneigt sind, in die „Nester der Provinz“ zu gehen.

Das Kriegsministerium fordert die Errichtung von Mammutarsenalen in diesen agrarischen Gebieten südlich der Loire und westlich der Rhône, stößt aber auf einen erheblichen Widerstand der Industrie und der wirtschaftlichen Bürokratie. Es wird darauf hingewiesen, daß die bestehenden Betriebe des Nordostens und Mittelfrankreichs allen Anforderungen genügen und daß man nicht davon ausgehen könnte, daß diese Werke besetzt oder durch Flugzeuge zerstört würden, zumal Frankreich mit einer Unterstützung durch andere Nationen rechnen könnte. Aber die Anhänger der Idee der Mammutbetriebe setzen sich allmählich durch. Immer häufiger werden Orte genannt, wie z. B. Le Mans, Blois, Trignac und Decazeville. In Trignac, gelegen an der Loire-Mündung, wurden ausgeblasene Hochöfen wieder in Betrieb genommen und die Walzwerke erweitert. Ein neues großes Zentrum könnte Decazeville werden, das gut 100 km nördlich von Toulouse liegt und dank den dortigen Kohlengruben schon eine gewisse Bedeutung hat. Es scheint so, daß in dieser Gegend, begünstigt durch standörtliche Vorteile, wie billige Fremdarbeiter, neue Industriezentren entstehen, so z. B. auch die von Kamadier vorgeschlagenen Großwerke der synthetischen Benzinherzeugung. Derartige Riesenbetriebe hier im Süden und in den schönen Tälern der Loire würden besonders kraß den Gegensatz zwischen den agrarischen Grundlagen Frankreichs und seinen wehrwirtschaftlichen Aufgaben veranschaulichen. Parallel mit diesen Bestrebungen gehen die der Aufteilung von Einzelaufträgen auf mittlere Werke mit höchstens 500 Arbeitern, wobei eine Montagewerkstatt den Abschluß bildet. Dies ist heute schon charakteristisch für die Arsenale in Versailles. Wahrscheinlich wird auch die Idee der Mammutbetriebe, ähnlich wie in England, in dieser Form der Addition von zahlreichen mittelgroßen Werken verwirklicht.

Eine Verlagerung der französischen Industrie ins Innere des Landes ist also zu erwarten. Diese Tendenz wird verstärkt durch die Luftschutzmaßnahme der Räumung der Grenzgebiete und der Großstädte. Paris soll z. B. weitgehend entvölkert werden, fast alle Regierungsstellen werden nach Bourges verlegt. Schon anlässlich des tschechischen Konfliktes wurde den Bewohnern mehrerer Städte empfohlen, die Nacht in ländlichen Gegenden zuzubringen.

Viele Pariser fuhren während der kritischen Septembertage in die kleinen Orte der Wälder von Fontainebleau oder sonstwo aufs Land oder an das Meer; Bewohner der Städte des Nordens u. a. nach Rouen, weil sie dorthin während des Weltkrieges geflüchtet waren, wobei sie nur übersahen, daß Rouen wegen der großen Raffinerien und chemischen Betriebe inzwischen zu einem wehrwirtschaftlich wichtigen Standort geworden ist. Zahlreiche Momente bestätigten in diesen kritischen Septembertagen, daß viele Franzosen unüberlegt handelten und manche Maßnahme von den Behörden wenig durchdacht war. Seit diesen Tagen gilt es als fraglich, ob eine Räumung der Großstädte sich durchführen läßt. Es wird nicht nur auf die Transportschwierigkeiten hingewiesen (so wäre es wohl zu spät, wenn gemäß dem vorliegenden Plan die Räumung von Paris per Eisenbahn in fünf Tagen wirklich durchgeführt werden könnte, und andererseits werden sich wohl die vorgesehenen elf Ausfahrtstraßen als zu eng erweisen, sondern vor allem auch darauf, daß diese aufs Land Gebrachten nicht genügend wirksam eingesetzt werden könnten und daß das entscheidende Problem, der Mangel an Kräften, sich somit noch nachteiliger bemerkbar machen würde.

Über Frankreichs Kraft.

Pläne über Pläne, aber andererseits Verzögerungen über Verzögerungen und Rückstände über Rückstände charakterisieren die Lage. Was wehrwirtschaftlich getan und geleistet werden muß, wissen die französischen Militärs. Sie wollen nicht nur die modernsten Waffen, sondern Autobahnen, synthetisches Benzin, neue Betriebe im Inneren Frankreichs usw. — aber sie stoßen überall auf Hemmnisse und Grenzen: es fehlen die Kapitalien, zumal seit 1935 so bis 90 Milliarden ins Ausland geflüchtet sind, es fehlen die Arbeitskräfte sowie die Initiative und Arbeitslust der Unternehmer und höheren Angestellten. Die vielen Einzelbeispiele der vorangegangenen Abschnitte werden wohl gezeigt haben, daß es sich nicht um einige Lücken als Ausnahmeerscheinungen handelt, die überall aufkommen können und deren Beseitigung nur eine Frage von Monaten ist. Vielmehr ist der Schluß berechtigt: Die Frankreich durch die Pariser Vorortsverträge gestellten Aufgaben gehen wehrwirtschaftlich über seine Kraft.

Der zahlenmäßig eindeutigste Beweis für diese These ist die kritische Lage der Finanzen. An sich treten die finanzwirtschaftlichen Aufgaben einer Großmacht immer mehr hinter den wehrwirtschaftlichen zurück. Die These, daß ein Krieg wegen der hohen Kosten nur von kurzer Dauer sein könnte, wurde schon durch den Weltkrieg ad absurdum geführt. Im wehrwirtschaftlichen

Grundgesetz Frankreichs wird denn auch die finanzwirtschaftliche Frage nur als eine unter vielen angesehen und mit einigen Bemerkungen abgetan; so wird festgelegt, daß der Finanzminister bei Kammer- und Senatsferien Ausgaben und Vorschüsse gewährleisten kann und daß er alle Vorbereitungen zu treffen hat, damit sich im Ernstfalle keine finanz- und kreditwirtschaftlichen Schwierigkeiten ergeben. Die Aufgaben des französischen Finanzministers werden aber nicht so einfach sein, wie es diese Bestimmungen des Gesetzes vermuten lassen könnten. In Frankreich stehen nämlich heute noch die finanzwirtschaftlichen Probleme im Vordergrund. Während der tschechischen Krise, Mitte September 1938, mußte z. B. nur in Frankreich der Finanzminister beruhigende Erklärungen abgeben und kam nur in Frankreich das Schatzamt in Schwierigkeiten, so daß es den inflationistischen Weg der Beanspruchung des Notenbankkredites gehen, also einen Teil der Ausgaben durch Drucken von Banknoten decken mußte.

Der Wehretat ist eben für das französische Volk der Rentner eine zu große Last. Dieser Wehretat ist für 1938 mit 38 Milliarden Fr. vorgesehen, was manchem, der die Summe auf Reichsmark oder andere Währung umrechnet, eher niedrig als hoch erscheinen wird. Derartige Umrechnungen sind allerdings problematisch, weil die letzten Frankenentwertungen künstlich waren, um der Wirtschaft einen Preisvorsprung zu schaffen und der Spekulation auszuweichen. Man kann also diesen Betrag nicht gemäß der offiziellen Reichsmark-Notierung dividieren, sondern eher durch elf, was aber auch nur 3,5 Milliarden Reichsmark ergeben würde. Beim Vergleich mit dem englischen Etat ist nicht von dem offiziellen Pfundkurs von 179 auszugehen, sondern von 140 bis 150. Der englische Etat würde sich dann auf 50 Milliarden Franken belaufen gegen 38 des französischen. Frankreich gibt also für seine Wehrmacht nicht mehr, sondern weniger als ähnlich gestellte Staaten aus. Diese Einschränkung ist nicht freiwillig, sondern erzwungen, weil keine größeren Beträge aufgebracht werden können.

Der französische Wehretat setzt sich für 1938 neben kleineren Posten aus mehreren Einzeletats zusammen; so dem ordentlichen, dem außerordentlichen, den Nachforderungen Daladiers, anderen Nachforderungen und dem Fünf-Milliarden-Programm des Marineministeriums für die Jahre 1938/42. Der Etat C, der den Wehrministerien das Recht gibt, 1938 Aufträge von 4 Milliarden zu erteilen, aber nicht zu Lasten dieses Jahres geht, sondern der kommenden, ist teils ein budgettechnischer Ausweg, um das Defizit nicht so hoch erscheinen zu lassen, wird aber auch plausibel damit gerechtfertigt, daß bei der jetzigen Serienherstellung langfristig geplant und somit Ausgaben zugelassen werden müßten,

die erst in den kommenden Jahren fällig werden. Bei diesem Charakter des Etats ist anzunehmen, daß er zu einer ständigen Einrichtung wird, so daß er billigerweise in das Jahr 1938 eingerechnet werden muß. Dagegen kann das Fünf-Milliarden-Sonderprogramm unbeachtet bleiben, weil die Kriegsschiffsneubauten in diesem Jahre wohl noch nicht eingeleitet werden.

Frankreichs Wehrausgaben, Voranschlag 1938
(in Millionen Franken):

	Ordtl. Etat	Außer- ordtl. Etat	Daladier- Nach- forderung	Sonder- Etat C	Weitere Nachfor- derungen	Ins- gesamt
Landarmee	6633	5400	650	630	1420	14733
Marine	2191	2460	1041	675	887	7254
Luftwaffe	1556	3204	2268	2155	3314	12497
Kolonien	684	150	152	13	—	999
Innenministerium	963	5	218	210	—	1396
Sonstiges	132	—	384	642	—	1158
Insgesamt	12159	11219	4713	4325	5621	38037

Die eigentlichen Wehretats lauten für 1939 auf 59,4 Milliarden gegenüber einem Voranschlag von 18,2 Milliarden 1937 und Ausgaben von 14,6 Milliarden im Jahre 1936 und 10,5 Milliarden im Jahre 1935. Seit 1935 sind also die Ausgaben auf fast das Vierfache gestiegen, wobei allerdings die Preiserhöhungen beachtet werden müssen. Interessanter ist der Vergleich, daß 1935 die Militärausgaben mit 10,5 Milliarden nur knapp ein Viertel der Einnahmen an Staatssteuern von 43,1 Milliarden ausmachten, 1936 schon ein Drittel der 42,6 Milliarden, 1939 gar fast restlos die 66 Milliarden. Die Lasten der Öffentlichen Hand, durch Steuereinnahmen gedeckt und die Fehlbeträge, sind für 1938 auf 125 Milliarden zu schätzen, während das Volkseinkommen von Rist mit 250 Milliarden angenommen wird! Nach dem Stand der Arbeiten vom November 1938 wird für 1939 mit Einnahmen an Staatssteuern von 66 Milliarden gerechnet, zu denen noch die anderen Steuern hinzukommen, wie der Kommunen und Departements von 22 Milliarden, während andererseits ein Fehlbedarf des Schatzamtes von fast 70 Milliarden bleiben würde! Da Steuererhöhungen kaum tragbar sind und Anleihen infolge der Kapitalflucht nur in Ausnahmefällen untergebracht werden können, konnte das Schatzamt den größten Teil des Fehlbedarfes ab Ende 1935 nur mit dem inflationistischen Mittel der Notenbankvorschüsse decken, von denen bis

Ende November 1938 fast 59 Milliarden in Anspruch genommen waren. Diese und andere Zahlen zeigen deutlich, wie enge Grenzen der französischen Aufrüstung aus finanzwirtschaftlichen Gründen gesetzt sind und wie überall Rückstände und Verzögerungen aufkommen müssen, weil die Geldbeträge fehlen — ganz zu schweigen davon, daß Frankreich im Gegensatz zur Vorkriegszeit seinen Verbündeten keine Anleihen zur Verfügung stellen kann, so z. B. den der Tschechoslowakei Anfang 1937 in Aussicht gestellten Kredit von 800 Millionen Franken zum Ausbau der tschechischen Maginotlinie nie gewähren konnte. Der Vergangenheit gehören die Worte Poincarés an, daß Frankreich neben der Macht der Armee und der Marine auch die des Kapitals bei außenpolitischen Entscheidungen in die Waagschale werfen könne.

Budgetwirtschaftlich zeigen sich also sehr deutlich die Grenzen der Stellung Frankreichs. Wie schon so oft in seiner Geschichte hatte Frankreich seine Kräfte überspannt, als es die Pariser Vorkriegsverträge diktierte. So war es schon zu Zeiten eines Richelieu und Ludwigs XIV. gewesen, doch damals konnten die weit über die Kräfte der Nation gehenden Aufgaben dank Bündnissen mit Staaten, die Frankreich aus geographischen Gründen nie gefährlich werden konnten, erfüllt werden. Die entsprechende Basis der französischen Vorkriegsstellung war das Bündnis mit dem Zarenreich. Eine ähnliche Bedeutung sollte das mit dem Sowjetsystem erlangen. Aber Frankreich muß sich jetzt wieder auf seine eigenen Kräfte besinnen. Diese ermöglichen die Großmachtsstellung des Frankreichs, das seine Kräfte aus dem Lande und aus der Bauernschaft zieht, des geistigen Frankreichs, dessen Charme fast alle erliegen. Für dies ewige Frankreich, das erdrückt worden wäre, wenn es unhaltbare Positionen unnötigerweise hätte verteidigen wollen, besteht, wie es der Führer in seiner Unterredung mit Ward Price am 18. September 1938 dargelegt hat, in Deutschland ein starkes Gefühl der Sympathie. Der Führer hat dabei erneut unterstrichen, daß niemand in Deutschland daran denke, dieses Frankreich anzugreifen und daß niemand in Deutschland gegen dieses Frankreich Ressentiments hege. Entsprechend dieser Einstellung hatte der Führer den damaligen Ministerpräsidenten Daladier 1933 zu einer Besprechung nach Godesberg gebeten, aber zu dieser kam es erst fünf Jahre später in München. In der Zwischenzeit hatte Frankreich sich Aufgaben zugemutet, die über seine Kraft gingen. Frankreich ist dadurch in die wohl schwerste Krise gekommen, die eine Großmacht durchgemacht hat. Jetzt bemüht sich Frankreich in dem Bewußtsein, daß niemand in Europa auf die Werte des ewigen Frankreich verzichten will, um die Schaffung einer neuen Basis. Wenn im Ausbau des Münch-

ner Abkommens eine weitere Zusammenarbeit der europäischen Großmächte möglich ist, dann wird Frankreich auf viele der oben dargelegten Pläne verzichten und den Kräften des bäuerlichen, bürgerlichen, handwerklichen und geistigen Frankreich größere Möglichkeiten schaffen können.

Von Dr. Wilhelm Grotkopp ist kürzlich erschienen:

Frei vom Golde

Betrachtungen zum Thema Wirtschaft und Währung

Kartonierte RM. 3.80, Ganzleinen RM. 5.—

Haude & Spenersche Buchhandlung Max Paschke, Verlag für
Wirtschaftswissenschaft

Berlin 1938

Schriften der Hochschule für Politik

I. Idee und Gestalt des Nationalsozialismus

- | | |
|--|--|
| <p>17. Zur philosophischen Grundlegung des Nationalsozialismus
Von Geheimrat Prof. Dr. Hermann Schwarz</p> <p>18. Der Rassengedanke im neuen Geschichtsbild
Von Prof. Dr. Walter Groß, Leiter des Rassenpolitischen Amtes der NSDAP.</p> <p>19. Grundfragen unserer Volks- und Staatsgestaltung
Von Professor Dr. Otto Koellreutter</p> <p>20. Volk und Staat
Von Dr. Alfred Klemmt, Studien- und Abteilungsleiter an der Hochschule für Politik</p> <p>21. Die völkerrechtspolitische Lage Deutschlands
Von Professor Dr. Fritz Berber, Leiter der Forschungsabteilung der Hochschule für Politik</p> <p>22. Nationalpolitische Erziehung im Dritten Reich
Von Ministerialrat Dr. Rudolf Benze</p> <p>23. Verpflichtung und Aufgabe der Frau im nationalsozialistischen Staat
Von Reichsfrauenführerin Gertrud Scholtz-Klink</p> <p>24. Das deutsche Kolonialproblem
Von Major a. D. Paul Schnoekel, Hauptstellenleiter im Kolonialpolitischen Amt der NSDAP. (Reichsleitung). Schulungsbeauftragter des Reichskolonialbundes</p> <p>25. Das neue Beamtengesetz vom 26. 1. 1937
Von Ministerialdirigent Hanns Seel</p> <p>26. Die neuen Aufgaben der deutschen Volkswirtschaft
Von Dr. Bruno Kiefewetter, Studienleiter an der Hochschule für Politik</p> | <p>27. Die Judenfrage in der modernen Welt
Von Dr. Wilh. Ziegler, Ministerialrat im Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda</p> <p>28/29. Grundzüge einer Geschichte der artdeutschen Philosophie
Von Geheimrat Prof. Dr. Hermann Schwarz</p> <p>30. Zeitgemäße Gedanken um Clausewitz
Von Generalleutnant a. D. Horst von Mehse</p> <p>31. Außenpolitische Wirkungen des Geburtenrückganges
Von Dr. Karl E. von Loesch</p> <p>32. Wissenschaft und Philosophie im Dritten Reich
Von Dr. Alfred Klemmt, Studien- und Abteilungsleiter an der Hochschule für Politik</p> <p>33. Die wirtschaftlichen Erfolge des ersten Vierjahresplanes
Von Dr. Bruno Kiefewetter, Studienleiter an der Hochschule für Politik</p> <p>34. Volksdeutsche Zukunft
Von Prof. Dr. Friedrich Burgdörfer, Direktor beim Statistischen Reichsamt</p> <p>35. Die historischen Grundlagen unserer Beziehungen zu Frankreich
Von Rechtsanwalt Professor Dr. Friedrich Grimm</p> <p>36. Böhmen und das Reich
Von Prof. Dipl.-Ing. Rudolf Jung</p> <p>37. Die Grundgedanken des Nationalsozialismus und das Ausland
Von Regierungsrat Dr. Herbert Seurla</p> <p>38. Islam — Judentum — Bolschewismus
Von Dr. Mohamed Sabry</p> <p>39. Wehrwirtschaftliche Tendenzen in der französischen Wirtschaftspolitik
Von Dr. Wilhelm Grottkopp</p> |
|--|--|

Schriften der Hochschule für Politik

II. Der organisatorische Aufbau des Dritten Reiches

1. Die deutsche Ernährungswirtschaft
Von Stabsamtsführer Dr. Hermann Reischle
2. Nationalsozialistische Volkswohlfahrt
Von Amtsleiter Hermann Althaus
- 3/4. Vergriffen
5. Die Deutsche Arbeitsfront
Von Claus Selzner, Leiter des Hauptorganisationsamtes der NSDAP. und der Deutschen Arbeitsfront
6. Die Reichsrundfunkkammer
Von Ministerialrat Horst Dreßler-Andres
7. Die Reichsmusikkammer
Von Präsidialrat Heinz Ihler
8. Die Deutsche Rechtsfront
Von Dr. Wilhelm Gaeb, Leiter der Auslandsabteilung der Akademie für Deutsches Recht
9. Der Reichsluftschutzbund
Von General der Artillerie a. D., Ehrenpräsident des RLB. Hugo Grimme
- 10/11. Der Aufbau des Gesundheitswesens im Dritten Reich
Von Ministerialdirektor Dr. Arthur Gütt
12. Der Reichstreubund ehemaliger Berufssoldaten
Von Bundesführer Gauleiter Franz Schwede-Coburg
13. Die Auslands-Organisation der NSDAP.
Von Legationssekretär Dr. Emil Ehrich, Persönlicher Referent des Leiters der Auslands-Organisation der NSDAP.
14. Der deutsche Arbeitsdienst
Von Generalarbeitsführer Professor Dr. Will Decker
15. Nationalsozialistische Frauenschaft
Bearbeitet von der Presse-Abteilung der Reichsfrauenführung
16. Der BDM. in der Hitler-Jugend
Von Reichsreferentin Trude Bärkner
17. Der Arbeitsdienst für die weibliche Jugend
Von Gertrud Zypries, Sachbearbeiterin für Presse und Propaganda in der Reichsleitung des Reichsarbeitsdienstes
18. Die Reichsstudentenführung
Von Reichsstudentenführer Dr. Gustav Adolf Scheel
19. Das Deutsche Rote Kreuz
Von Dr. Friedrich Wilhelm Breckenfeld, Oberstarzt und Hauptabteilungsleiter im Präsidium des DRK.
20. Die Organisation der gewerblichen Wirtschaft
Von Albert Piehsch, Leiter der Reichswirtschaftskammer
21. Die SA. Bearbeitet im Auftrag der Obersten SA.-Führung von SA.-Sturmführer Dr. Ernst Bayer
- 22/23. Das Führerschulungswerk der Hitler-Jugend
Von Bannführer Reimund Schnabel
24. Das Nationalsozialistische Fliegerkorps
Von Generalleutnant Friedrich Christiansen, Korpsführer des Nationalsozialistischen Fliegerkorps
25. Das Großdeutsche Heer
Von Major des Generalstabes Hasso v. Wedel, Leiter der Pressegruppe im Oberkommando der Wehrmacht
26. Die deutsche Luftgeltung
Von Dr. Heinz Orlovius, Oberregierungsrat im Reichsluftfahrtministerium
- 27/28. Die NS.-Gemeinschaft
„Kraft durch Freude“
Von Anatol v. Hübbenet, Abteilungsleiter der Reichsamtseitung „Kraft durch Freude“ und des Reichsamtes „Schönheit der Arbeit“